

**NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der  
Stadt Lüdenscheid**

**am 11.11.2015**

**im Ratssaal**

**Anwesend:****Vorsitz:**

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

**Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD	
Ratsherr Jan Eggermann	SPD	Vertreter für Ratsherrn Fabian Ferber
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE.	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Herr Richard Oettinghaus Lüdenscheid	Alternative für	bis 19:04 Uhr
Herr Dominik Petereit	FDP	

**Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Herr Martin Kornau Fraktionslos

**Verwaltung:**

Herr Martin Bärwolf  
Herr Hans-Jürgen Badziura  
Herr Andreas Beckmann  
Herr Edgar Weinert  
Herr Christian Hayer  
Herr Torsten Hoffmann  
Herr Sebastian Jülich  
Herr Holger Moeser  
Frau Nina Niggemann-Schulte

### Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

### Abwesend:

#### Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Fabian Ferber	SPD
Herr Horst Eick	SPD

#### Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos
------------------	--------------

#### Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Zehra Kayis scheid	Ditib Lüden-
----------------------------	--------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:56 Uhr

## **1. Öffentliche Fragestunde**

---

Vorsitzender Holzrichter weist die Öffentlichkeit darauf hin, dass Fragen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten direkt bei Behandlung des Tagesordnungspunktes gestellt werden könnten, in dem er die Sitzung hierfür unterbreche. Somit könnten die Fragen im entsprechenden Sachzusammenhang beantwortet werden.

Allgemeine Fragen seitens der Öffentlichkeit bestehen nicht.

## **2. Vorstellung der Entwurfsplanung des Fußweges "Martin-Niemöller-Straße"**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Badziura um Vortrag.

Herr Badziura führt aus, dass das Büro dtp aus Essen den nachfolgend vorgestellten Entwurf für die Gestaltung der Fußwegeverbindung Martin-Niemöller-Straße – Bahnhofstraße erarbeitet habe. Anhand einer Präsentation stellt er die Entwurfsplanung vor. Er betont, dass es sich bei der neuen Wegeführung um einen barrierearmen, gut ausgeleuchteten, drei Meter breiten Fußweg handle. Der heutige Fußweg entfalle. Für die neue Fußwegeerschließung sei es erforderlich, ca. 15 Bäume aus dem Bestand zu entnehmen. Lediglich einer davon sei stattlich, müsse jedoch aus Sicherheitsgründen entnommen werden, da er zu dicht an der in Betrieb befindlichen Trafostation stehe. Es sei geplant, gegenüber des Trafohauses eine Ruhezone mit entsprechender Sitzgelegenheit zu schaffen. Es sei weitestgehend ausreichend, einen Bodenbelag für eine fußläufige Nutzung zu verwenden. Lediglich im Bereich der Zuwegungen zu den anliegenden Wohnhäusern sowie der Zufahrt zum Trafohaus für Wartungszwecke sei ein befahrbarer Bodenbelag erforderlich. Die vorgesehene Asphaltdecke könne in verschiedenen Varianten gestaltet werden. Seitens der Verwaltung werde eine Gestaltung mit Wortwolken vorgeschlagen. Welche Worte hier Verwendung finden sollen,

müsse noch festgelegt werden. Alle Ausstattungsdetails der Beleuchtung würden harmonisch an den Typenplan des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) für die Straßenbeleuchtung Lüdenscheids angepasst. Die Kosten für die Lichtinszenierung des Fußweges und auch des Trafohauses würden aus dem Budget „Licht in Lüdenscheid“ getragen. Der Fußwegebau sei für das Jahr 2016 vorgesehen. Der Kostenrahmen liege im Budget. Herr Badziura erläutert weiter, dass das Gesamtbudget 140.000,00 € netto betrage. Dieses sei bereits im Zuge des Projektes „Regionale 2013“ veranschlagt und bewilligt worden. Der Eigenanteil der Stadt betrage 20 %. Eine Abstimmung mit dem Behindertenbeirat stehe derzeit noch aus. Die Aufmerksamkeitsfelder im Bereich von Gefahrenstellen würden besonders ausgestaltet. Darüber hinaus sei es durch die neue Wegeführung erreicht worden, dass das Gefälle sich lediglich im Anfangsbereich auf ca. 11 % belaufe. Die übrigen Bereiche konnten auf eine Steigung von ca. 2 – 6,5 % reduziert werden. Dies stelle eine deutliche Verbesserung für gehbehinderte Menschen gegenüber dem Bestand dar. Die derzeit als Parkplätze genutzte Fläche im Bereich der Zufahrten zu den Wohnhäusern sei nicht bewirtschaftet und würden daher entfallen. Bei den zu entnehmenden Bäumen handele es sich nicht um stadtbildprägende Bäume. Es sei sichergestellt, dass für diese Bäume im Stadtgebiet Ersatzpflanzungen vorgenommen würden.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Badziura für die ausführliche Vorstellung. Er schlägt vor, die Pläne weiter zu verfolgen, zu präzisieren und erneut vorzustellen. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

### **3. Vereinbarung über die Ausweisung eines Radwegenetzes im Bereich der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 208/2015**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Frau Niggemann-Schulte um Vortrag.

Frau Niggemann-Schulte erläutert in Ergänzung zur vorliegenden Beschlussvorlage, dass der Ruhrverband die Straßenbaulast des Radweges trage. Die Stadt Lüdenscheid müsse für den auf dem Stadtgebiet Lüdenscheids befindlichen Radwegeteil Teile der Verkehrssicherungs- und Haftpflicht übernehmen. Dazu gehöre die Reinigung in Form von zweimal jährlicher Sichtkontrolle in Abstimmung mit dem Ruhrverband. Die Gesamtkosten für die Stadt Lüdenscheid könnten nach Auskunft des STL grob mit ca. 500,00 € pro Jahr beziffert werden. Auf Nachfrage von Ratsherrn Dudas führt sie aus, dass der Lückenschluss des Radweges ab dem Kreisverkehr beim Möbelhaus Sonneborn im Rahmen der Deckensanierung durch den Landesbetrieb StraßenNRW erfolgen solle. Wann diese erfolge, sei von StraßenNRW bisher nicht benannt worden.

Ratsherr Thomas-Lienkämper führt aus, dass insbesondere an Wochenenden der Radweg im Bereich Piepersloh beispielsweise durch Gäste der angrenzenden Gastronomie zugeparkt sei. Er fragt an, ob hier eine entsprechende Kontrolle und Ahndung erfolgten.

Frau Niggemann-Schulte sagt zu, diese Problematik an den Außendienst des Ordnungsamtes weiterzugeben.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

## **Beschluss:**

Der Bau- und Verkehrsausschuss nimmt die in der Vorlage dargestellten Inhalte zur Kenntnis und stimmt dem vorgesehenen Abschluss der Vereinbarung zu.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

### **4. Versuchweise Öffnung der Fußgängerzone im Bereich des Rathausplatzes und des Sternplatzes für den Fahrradverkehr Vorlage: 169/2015**

---

Vortrag der Verwaltung wird nicht gewünscht.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Rogalske erläutert Frau Niggemann-Schulte, dass es keine zusätzlichen Kontrollen durch Polizei oder Ordnungsamt gebe. Die anfallenden Kosten entstünden ausschließlich durch die Änderung und Anbringung der Beschilderung. Sie bestätigt auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter, dass eine Freigabe für Radfahrer zu den Markt- oder sonstigen Veranstaltungszeiten nicht erfolge. Hier gebe es in Abstimmung mit der Polizei in den Eingangsbereichen eine Beschilderung „Durchfahrt verboten“. Eine Freigabe der Wilhelmstraße, Altenaer Straße und der Altstadt erfolge nicht.

Herr Kornau regt an, die Beschilderung gem. Straßenverkehrsordnung zu ergänzen, da vielen Verkehrsteilnehmern die Straßenverkehrsordnung hierzu nicht hinreichend bekannt sei. Er schlägt vor, die Beschilderung „Frei für Fahrräder“ mit der Beschilderung „Schrittgeschwindigkeit“ und „Radfahren verboten“ zu ergänzen.

Frau Niggemann-Schulte führt aus, dass die gewählte Beschilderung straßenverkehrskonform sei. Zudem werde eine intensive Öffentlichkeitsarbeit in Verbindung mit der Verteilung entsprechender Flyer erfolgen. Eine Zusatzbeschilderung könne daher eher verwirrend sein.

Ratsherr Dudas teilt mit, dass die Städte Detmold, Kleve und Herten bereits ähnliche Versuche durchgeführt hätten. In den Probephasen habe es keine Unfälle gegeben. Die Stadt Herten habe in diesem Zusammenhang einen Leitfaden für Radfahrer erstellt, den er der Verwaltung digital übermittelt habe. Er bittet zu prüfen, ob ähnliches in Lüdenscheid verfasst und zur Verfügung gestellt werden könne.

Die Ausschussmitglieder lehnen nach ausführlicher Diskussion mit Stimmenmehrheit die Anregung einer Zusatzbeschilderung „Schrittgeschwindigkeit/Radfahrer bitte absteigen“ bei einer Enthaltung ab. Mit Stimmenmehrheit bei zwei Enthaltungen fassen sie folgenden

## **Beschluss:**

Die Fußgängerzone wird im Bereich des Rathaus- und des Sternplatzes versuchsweise für zunächst ein Jahr für den Radverkehr freigegeben.

**Abstimmungsergebnis zum Beschlussvorschlag der Vorlage:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	2

**Abstimmungsergebnis zur Anregung, zusätzliche Beschilderung vorzunehmen:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	11
Enthaltungen:	1

**5. Festlegung der Vorzugsvariante zum Ausbau der Friedhofstraße**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer wiederholt die in der letzten Sitzung bereits vorgestellte Variante für den Ausbau der Friedhofstraße. Er führt aus, dass die Variante 5 dahingehend geändert werde, dass die wasserführende Rinne ebenfalls in Naturstein gepflastert werde. Hierdurch entstünden Kosten in Höhe von ca. 15.000,00 €. Der Vorschlag der Verwaltung werde der Öffentlichkeit in einer entsprechenden Veranstaltung am 26. November 2015 um 17.30 Uhr im Ratssaal erläutert.

Ohne Diskussion stimmen die Ausschussmitglieder der geplanten Vorgehensweise der Verwaltung einstimmig zu.

**6. Ausführungsplanung Am Kamp und Weidengrund  
Vorlage: 182/2015**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hoffmann um Erläuterung.

Herr Hoffmann führt aus, dass die Planungen bereits bekannt seien. Die Ausbauplanungen seien erforderlich, da beide Straßen bisher nicht erstmalig hergestellt worden seien. Es sei vorgesehen, den Ausbau in drei Abschnitten vorzunehmen. Er erläutert die einzelnen Bauabschnitte anhand der der Beschlussvorlage beigelegten Pläne. Der erste Bauabschnitt sei in der Straße „Am Kamp“ der Bereich von der Volmestraße bis zur Brücke, der zweite Bauabschnitt erstrecke sich dann von der Brücke bis hinter die Kurve. Der dritte Bauabschnitt sei der Ausbau der Straße „Weidengrund“. Es müsse insbesondere die Wendeanlage für die Nutzung durch die Fahrzeuge des STL und der Feuerwehr ausgebaut werden. Hier sei die kleinstmögliche Ausbauplanung geplant, so dass vor Kopf noch vier öffentliche Stellplätze realisiert werden könnten.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Skorupa erläutert Herr Hoffmann, dass ein Fußweg auf der Brücke nicht markiert werden könne, da die Brücke lediglich 3,4 m bis 3,7 m breit sei und für die Fahrbahn eine Breite von mindestens 3,5 m benötigt werde. Für einen Fußweg sei zu wenig Platz. Eine gemeinsame Nutzung durch Fahrzeug- und Fußgängerverkehr sei auf der Brücke bereits jetzt vorhanden und funktioniere in gegenseitiger Rücksichtnahme.

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass der Ausbau im Bereich des Bahnübergangs das Bahngelände ausnehme, das hierfür zunächst eine Zustimmung des Eisenbahnbundesamtes vorliegen müsse. Ein Ausbau in diesem Bereich erfolge ggf. später.

Auf Nachfrage teilt Herr Hoffmann mit, dass die Baumaßnahmen auch mit dem Stadtentwässerungsbetrieb – SEL – abgestimmt werde. Herr Jülich ergänzt, dass es sich um eine gemeinsame Baumaßnahme von STL und SEL handele und somit bereits die Ausschreibungen in Abstimmung vorgenommen würden.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbauplanung der Straßen Am Kamp und Weidengrund entsprechend der im Ausschuss vorgestellten Planunterlagen umzusetzen, sobald die entsprechenden Haushaltsmittel freigegeben sind.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

---

## **7. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte**

---

### **7.1. Herstellung der Barrierefreiheit von Bushaltestellen bis zum Jahr 2022**

---

Frau Niggemann-Schulte führt aus, dass die Aufgabenstellung der Herstellung der Barrierefreiheit von Bushaltestellen bis zum Jahr 2022 sich zunächst an den Aufgabenträger, d.h. für Lüdenscheid an den Märkischen Kreis richte. Um diese Zielsetzung zu erreichen, erstelle der Märkische Kreis zunächst einen aktualisierten Nahverkehrsplan. Die Barrierefreiheit an den Haltestellen müsse erst im Zuge von Straßenbaumaßnahmen hergestellt werden. Die Zusammenstellung der nicht barrierefreien Haltestellen im Stadtgebiet Lüdenscheids, die Prüfung von Fördermöglichkeiten sowie die Erstellung einer entsprechenden Priorisierung seien zum jetzigen Zeitpunkt weder zeit- noch finanzkritisch.

Die Verwaltung sagt zu, bei konkretem Handlungsbedarf rechtzeitig zu informieren.

## **7.2. Sachstand "Volmetalradweg"**

---

Frau Niggemann-Schulte teilt mit, dass die Rahmenvereinbarung zum Volmetalradweg zwischenzeitlich von allen Beteiligten unterschrieben sei. Als nächstes würden nun die Einzelvereinbarungen zwischen den Städten und Gemeinden mit dem Landesbetrieb StraßenNRW sowie zwischen den Städten und Gemeinden für Teilbereiche wie beispielsweise den Bahntrassenradweg oder den Bereich Ahelle getroffen. Erst danach könnten die eigenständigen Wege wie die Anbindung an die B54 geplant werden. Das erforderliche Befreiungsverfahren für den Bahntrassenradweg sei noch nicht abgeschlossen. Die Hangsicherung sei hierbei ebenfalls berücksichtigt.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

## **7.3. Vorstellung der Vorzugsvariante für den Ausbau des ÖPNV-Verknüpfungspunktes am Bahnhof Brügge**

---

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Hayer um Vortrag.

Herr Hayer stellt anhand eines Luftbildes die genaue Örtlichkeit des Verknüpfungspunktes dar. Er führt aus, dass die Vorplanung so weit vorangeschritten sei, dass nun grundsätzlich geklärt werden müsse, wie der Verknüpfungspunkt in Einzelheiten gestaltet werden solle. Anhand einer Präsentation stellt er zwei mögliche Varianten vor. Hauptvorteile der ersten Variante seien zum einen, dass die Busse längs zum Bahnsteig aufgestellt seien, zum anderen die höhere Zahl der Stellplätze für Pkw und damit insgesamt kurze Wege für alle Nutzer. Hier seien ca. 90 Stellplätze realisierbar. Dadurch sei diese Variante wirtschaftlicher. Die zweite Variante biete den Vorteil, dass das Umsteigen von Bus zu Bus einfacher gestaltet sei. Dagegen seien die Wege für alle Nutzer der Zugverbindungen wesentlich weiter. Stellplätze für Pkw könnten hier maximal 70 realisiert werden. Die versiegelten Flächen seien bei beiden Varianten nahezu identisch. Die Entwurfsplanung solle nun erstellt werden. Die Verwaltung schlage vor, auf der Grundlage der Variante eins weiter zu planen. Die Gespräche mit dem Fördermittelgeber müssten noch weiter intensiviert werden. Die Deutsche Bahn werde bereits 2016 bauen. Die erforderlichen Rodungsarbeiten seien bereits geplant.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Dr. Heider ergänzt Herr Bärwolf, dass zunächst noch geklärt werden müsse, ob und ggf. wie die verschiedenen Fördermöglichkeiten verzahnt werden könnten. Die zweite Variante sei insbesondere durch die größeren Busstellplätze kostenintensiver. Die erste Variante sei objektiv die wirtschaftlichere.

Herr Hayer ergänzt, dass die vorgestellten Varianten zunächst Grundkonzepte darstellten, über die der Fördermittelgeber lediglich im Grundsatz informiert sei. Die Ausgestaltung könne sich also noch ändern. Auf Nachfrage von Ratsfrau Skorupa antwortet er, dass eine WC-Anlage in der Planung vorgesehen sei. Ein Fahrradverleih könne bei Bedarf noch in die Planung integriert werden. Er antwortet Ratsfrau Manß, dass die Behindertenstellplätze aufgrund der notwendigen Barrierefreiheit an dem dargestellten Platz geplant seien.

Vorsitzender Holzrichter merkt an, dass an Bushaltestellen die Bordsteine ca. 18 cm hoch und daher eine Barrierefreiheit nicht gegeben sei. Am Ende der Busstellplätze könne der Bordstein abgesenkt werden.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, die erste Variante weiter zu verfolgen. Die Ausschussmitglieder stimmen dem einstimmig zu.

#### **7.4. Sachstand zur Überplanung der innerstädtischen Lichtsignalanlagen**

---

Herr Hayer führt aus, dass bei den koordinierten Lichtsignalanlagen der Innenstadt überwiegend Bewertungen der Kategorien A bis E festgestellt werden konnten. Als verbesserungsbedürftig seien das Worthkreuz mit Kategorie E und die Lennestraße mit Kategorie F eingestuft. Die Kategorie F bedeute hierbei eine höhere Verbesserungsbedürftigkeit. Es sei vorgesehen, alle Innenstadtanlagen künftig miteinander kommunizieren zu lassen, wobei die hierdurch erreichbaren Vorteile eher begrenzt seien. Seitens der Stadt Lüdenscheid werde die Planung beauftragt. Die Erstellung sei für 2016 vorgesehen, wobei Mitte bis Ende 2016 eine entsprechende Anordnung an den Landesbetrieb StraßenNRW erfolgen solle. Die Umrüstung erfolge dann Ende 2016 bis Anfang 2017. Eine Koordinierung mit den geplanten Fahrbahnsanierungen erfolge in enger Abstimmung. Auf Nachfrage von Ratsherrn Thomas-Lienkämper erläutert Herr Hayer, dass die Umlaufzeiten der Lichtsignalanlagen alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigten. Eine Abwägung, ob Zeiten beispielsweise für Fußgänger verlängert werden müssten, könne später noch erfolgen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Hayer für die Ausführungen.

### **8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

#### **8.1. Bekanntgaben**

---

##### **8.1.1. Sachstand zum Ausbau "Römerweg"**

---

Herr Hayer führt aus, dass der Ausbau des Römerweges fertiggestellt sei. Er erläutert, dass der Gehweg entgegen den Planungen um ca. 20 m verkürzt worden sei. Diese Maßnahme sei erforderlich geworden, um Kosten für eine Abtragung der vorhandenen, hohen Böschung oder massive Stützmaßnahmen für die Böschung zu sparen. Die Verkehrssicherheit für den Fußgängerverkehr berühre das nicht, weil ein Straßenseitenwechsel durch die Verwendung taktiler Beläge sicher und auch barrierefrei erfolgen könne.

#### **8.2. Beantwortung von Anfragen**

---

**Entfällt**

#### **8.3. Anfragen**

---



### **8.3.1. Parkleitsystem im Stadtgebiet Lüdenscheids**

---

Ratsherr Dudas führt aus, dass das Parkleitsystem im Stadtgebiet seit geraumer Zeit nicht funktionsfähig sei. Er fragt an, ob eine kostengünstige Entfernung möglich sei, da es insbesondere für ortsfremde Verkehrsteilnehmer eher verwirrend als hilfreich sei. Darüber hinaus fragt er, ob ein Parkplatzleitsystem installiert werden könne, bei dem die Parkplätze von 1 bis x nummeriert würden. Hierbei könnten niedrige Zahlen im Außenbereich verwendet werden und im Innenstadtbereich ansteigen.

Vorsitzender Holzrichter teilt mit, dass das Parkleitsystem derzeit überplant werde. Diese Planung liege in der Zuständigkeit der Lüdenscheider Stadtmarketing.

### **8.3.2. Defekte Lichtsignalanlage am Oberstadttunnel in Fahrtrichtung Werdohler Straße**

---

Ratsherr Dudas fragt erneut, warum die Lichtsignalanlage am Oberstadttunnel in Fahrtrichtung Werdohler Straße noch immer defekt sei.

Herr Hayer antwortet, dass dort ein Schleifenfehler festgestellt und behoben worden sei. Lt. Auskunft des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) werde die Anlage noch im Jahr 2016 erneuert.

Ratsherr Dudas bedankt sich für die Antwort.

### **8.3.3. Tempo-30 im Bereich Kluser Straße/Wiesenstraße am Kindergarten Bunte Kluse; hier: Geschwindigkeitsmessungen**

---

Ratsfrau Hertes teilt mit, dass in der Stadteilkonferenz an der Kluse Beschwerden geäußert worden seien, dass die eingerichtete Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h im Bereich des Kindergartens Bunte Kluse von zahlreichen Verkehrsteilnehmern nicht eingehalten werde. Sie fragt an, ob hier gezielte Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen werden könnten.

Herr Hayer führt aus, dass ein Ortstermin erfolgen sollte, bevor die Anzeigetafel dort installiert würde. Anschließend könnten Geschwindigkeitsüberschreitungen ordnungsbehördlich geahndet werden. Er schlägt vor, dass die Verwaltung einen Ortstermin mit dem Kindergarten vereinbare, um das weitere Vorgehen abzustimmen.

Ratsfrau Hertes bedankt sich für die Antwort.

### **8.3.4. Tempo-30 Beschilderung in der Parkstraße/Höhe Gotenstraße**

---

Ratsherr Eggermann fragt nach dem Sachstand der Prüfung eines besseren Standortes für die Tempo-30 Beschilderung in der Parkstraße/Ecke Gotenstraße.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung und Beantwortung zu.

### **8.3.5. Wendehammer am Bahnhof Brügge im Bereich der Wertstoffsammelstelle**

Ratsherr Eggermann erläutert, dass die frühere Buswendeplatte an der Wertstoffsammelstelle am Bahnhof in Brügge in schlechtem Zustand sei. Die Wendeplatte sei geschottert und somit bildeten sich bei Regen massive Pfützen, die eine Nutzung erschwerten. Er fragt an, ob kostengünstig eine Verbesserung geschaffen werden könne.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, dass Herr Jülich diesen Sachverhalt prüfe und die Beantwortung im Werksausschuss vornehme.

Die Anwesenden nehmen den Vorschlag an.

### **8.3.6. Funktion der Geschwindigkeitsanzeigetafeln im Stadtgebiet**

Ratsherr Wakup führt aus, dass ihm aufgefallen sei, dass die im Stadtgebiet aufgestellten Geschwindigkeitsanzeigetafeln überwiegend nur bei eingeschalteter Straßenbeleuchtung funktionierten. Insbesondere tagsüber erfolgten jedoch die Geschwindigkeitsüberschreitungen, so dass sie dann funktionieren müssten. Er fragt an, ob diese Problematik bekannt sei.

Herr Kornau antwortet, dass der Verkehrswacht diese Problematik bekannt sei. Eigentümer der Straßenlaternen seien die Stadtwerke. Die Straßenlaternen sollten bereits auf Dauerstrom umgerüstet sein. Daher habe die Verkehrswacht Anzeigetafeln ohne Akku angeschafft. Damit hätten je Tafel ca. 600,00 € gespart werden können. In der Gotenstraße liefen die Straßenlaternen bereits auf Dauerstrom, so dass dort die Anzeigetafel auch tagsüber funktioniere. Firma Jungkurth als zuständige Elektroinstallationsfirma habe eine bevorzugte Bearbeitung zugesagt.

Er sagt eine Prüfung seitens der Verkehrswacht zu.

### **8.3.7. Parksituation im Bereich des Sportplatzes Honsel**

Ratsherr Meyer erinnert an die bereits mehrfach bemängelte Parksituation im Bereich des Sportplatzes Honsel insbesondere bei Veranstaltungen auf dem Sportplatz. Er fragt an, wie hier Abhilfe geschaffen werden könne.

Die Verwaltung sagt eine erneute Prüfung in Zusammenarbeit zwischen dem Fachdienst Stadtplanung und Verkehr mit dem Fachdienst Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung zu.

gez. Jens Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin